

# Schuldumkehr

## Andere Perspektiven auf die Ukrainekrise

■ PETER PAWLOWSKY



Peter Pawlowsky, Studium der Literatur und Philosophie, Arbeit im Verlagswesen und in der Erwachsenenbildung, Journalist und Übersetzer, sieben Jahre Leiter der Abteilung „Religion“ im ORF Fernsehen. Bis 2000 Präsentator der Sendung „kreuz+quer“. Geschäftsführender Leiter der „Laieninitiative“ von Juni 2011 bis Jänner 2013.

Landläufig und medienkonform ist Präsident Putin der Böse. Er hat die Krim annektiert und heuchelt, im Osten der Ukraine ganz unbeteiligt zu sein. Ist das reine Großmannssucht oder hat es rationale verstehbare politische Hintergründe? Folgt Putin dem internationalen Trend zu wachsendem Nationalismus? Geht er nach der Maxime vor, dass Angriff die beste Art der Verteidigung ist?

Lange Zeit waren die „Putinversther“, darunter hierzulande die FPÖ, ein Gespött der Medien. Neuerdings aber haben sie prominenten Zuwachs. Matthias Platzeck, immerhin langjähriger Ministerpräsident von Brandenburg und sogar ein halbes Jahr SPD-Chef, macht dem deutschen Außenminister das Leben schwer. Platzeck verlangt eine andere Russlandpolitik, die sich von den Machtinteressen der USA emanzipiert. Der Konflikt lässt sich nicht lösen, wenn die EU und insbesondere die Nato immer näher an die russischen Grenzen heranrücken. Schon im September sagte der frühere grüne EU-Abgeordnete Johannes Voggenhuber: „Diese Krise hat der Westen ausgelöst“<sup>1</sup>. Er hält es für einen schweren Fehler, dass die Staaten Mitteleuropas zuerst in die NATO und erst dann in die EU aufgenommen wurden. Er spricht von einem Zangengriff um Russland: „Ohne die Ukraine ist Russland nicht zu verteidigen.“

### Russische Bevölkerungsteile in Putin Visier

Der Hebel, mit dem Putin ansetzt, sind die starken russischsprachigen Bevölkerungsanteile in den Staaten, die ehemals zur Sowjetunion gehörten. Das betrifft zunächst die baltischen Staaten mit russischen Minderheiten, die zu einem großen Teil nicht einmal die neue Staatsbürgerschaft

haben. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung Estlands und Lettlands ist russisch. Ähnliche Verhältnisse herrschen in der Ukraine und in Georgien. Das Sicherheitsinteresse dieser Staaten, die sich aus der Sowjetunion gelöst haben, ist verständlich, es aber mit der Zugehörigkeit zum westlichen Verteidigungsbündnis zu untermauern, ist nicht unbedingt eine vernünftige Politik, wenn es um den Frieden in Europa geht. Die USA, insbesondere das erstarkende Lager der Republikaner, denken nach wie vor in den Kategorien des Kalten Krieges. Nicht anders ist etwa die Errichtung von Raketenabschussrampen in Polen zu erklären.

### Neutralität erkaufte Eigenständigkeit

Österreich, das bis 1989 direkt an den sowjetischen Machtbereich angrenzte, hat sich mit dem Bekenntnis zur militärischen Neutralität seine Eigenständigkeit erkaufte. Wahrscheinlich wäre ein solcher Schritt für die Ukraine eine Lösung gewesen; heute ist es schon zu spät, und dass Kiew nachdrücklich in die NATO drängt, ist ein Zeichen politischer Unvernunft und führt zu einer weiteren Verschärfung der Krise.

### NATO rückt Russland zu nahe

Putins Methoden dürfen nicht unwidersprochen bleiben, aber die dahinter liegenden Motive sind ernst zu nehmen. Russland braucht an seinen Grenzen befreundete oder wenigstens neutrale Staaten. Der Kampf um Einflussphären muss spätestens dann eingestellt werden, wenn der Kalte Krieg heiß wird und es auf beiden Seiten Tote gibt. Der Ukrainekonflikt ist ein Lehrbeispiel dafür, dass die EU dringend eine eigene, von den USA unabhängige Außenpolitik braucht. ■

<sup>1</sup> Interview in der „Wiener Zeitung“ am 18.9.2014